Zu viel Volk für eine Grossbaustelle

Wegen der Baustelle des Durchgangsbahnhofs will die Stadt ab 2030 keine Grossanlässe mehr in Bahnhofsnähe.

Robert Knobel

Die Umgestaltung und Begrünung des heutigen Inseli-Carparkplatzes soll 2028 abgeschlossen sein. Das verkündete die Stadt Luzern diese Woche. Doch kurz danach könnte – wenn alles nach Plan läuft – auch der Bau des Durchgangsbahnhofs beginnen. Und davon wird die östliche Bahnhofseite, zu der das Inseli gehört, stark betroffen sein. Macht es überhaupt Sinn, das Inseli aufzuwerten, wenn danach das ganze Gebiet während zehn Jahren zur Grossbaustelle wird? Ja, sagt Sarah Grossenbacher, Co-Leiterin Stadtplanung bei der Stadt Luzern: «Gerade während der Baustelle des Durchgangsbahnhofs ist es wichtig, dass bahnhofsnah ein attraktiver Freiraum zur Verfügung steht.»

Wie sich die Bauarbeiten im Detail aufs Inseli auswirken werden, ist noch unklar. Antworten darauf wird das Vorprojekt zum Durchgangsbahnhof liefern, das Ende 2022 vorliegen soll. Gemäss groben Plänen von 2013 sind am Inseliquai eine Anlagestelle am Seeufer sowie ein Umschlagplatz geplant. Es sei aber davon auszugehen, dass das neu gestaltete Inseli für die Bevölkerung immer zugänglich und nutzbar bleibt, sagt Sarah Grossenbacher.

Mäas könnte erst 2040 aufs Inseli zurück

Das gilt allerdings nicht für die Mäas. Denn auf einem begrüneten Carparkplatz können keine Chilibahnen mehr aufgestellt werden. Das drohende Aus für die Herbstmesse am Inseli hat in jüngster Zeit für massive Kritik gesorgt. Zwar wäre durchaus möglich, einen Teil des Carparkplatzes in einen Schotterplatz umzuwandeln. Dieser böte ge-

Die Mäas soll nicht mehr am Inseli stattfinden.

Bild: Jakob Ineichen (Luzern, 6. Oktober 2018)

nügend Stabilität, um die schweren Bahnen zu tragen. Eine solche Option wurde von der Stadt denn auch geprüft, letztlich aber verworfen. Denn selbst mit einem Schotterplatz könnte die Mäas frühestens 2040, nach Eröffnung des Durchgangsbahnhofs, aufs Inseli zurückkehren.

«Auch wenn das Inseli direkt nicht von den Bauarbeiten betroffen ist, so würden die grossen Menschenansammlungen doch zu zusätzlichen Konflikten mit der Grossbaustelle führen», sagt Grossenbacher.

Hinzu komme, dass die Mäas ja jeweils auch auf dem

Bahnhofplatz stattfinde. Und dort sei eine Chilibi erst recht nicht realistisch, da ein Teil des Busbahnhofs zu einer Baugrube wird. Generell müsse man davon ausgehen, «dass während der Bauphase von rund zehn Jahren keine Veranstaltungen mit grossem Menschaufkom-

men im Bahnhofsumfeld stattfinden können».

Inseli als Ersatzhaltestelle für VBL-Busse?

Der heutige Carparkplatz Inseli dient nicht nur den Touristencars, sondern bei Bedarf auch als ÖV-Haltestelle, etwa für Bahnersatzbusse. Da während der Bauarbeiten für den Durchgangsbahnhof ein Teil des Busbahnhofs wie erwähnt nicht zur Verfügung steht, braucht es Ersatzhaltestellen für VBL-Busse. Das Inseli würde sich da als Standort anbieten – doch den Parkplatz wird es nach der Umgestaltung 2028 nicht mehr geben. Wieso wird die Option Inseli durch die Vergrößerung der Grünfläche vorschnell aus dem Spiel genommen? Die Stadt begründet dies so, dass ohnehin noch offen sei, wie der Busverkehr am Bahnhof während der Bauarbeiten organisiert werden soll und wo es Ersatzhaltestellen braucht. Ein Verkehrskonzept werde derzeit von Kanton und Verkehrsverbund erarbeitet.

Noch stärker ins Gewicht fallen dürfte aber die Inseli-Initiative von 2017, welche explizit eine Aufhebung der Parkplätze forderte. Der Stadtrat steht unter zunehmendem Druck der Initianten, die Umgestaltung rasch zu realisieren.

Schon etwas klarer scheinen die ÖV-Pläne für die Zeit nach der Fertigstellung des neuen Bahnhofs: Gemäss der Testplanung von 2021 soll die östliche Bahnhofseite neu durch den ÖV erschlossen werden. Dazu gehören neue Buslinien, die via Inseliquai Richtung Tribtschen fahren sowie eine Haltestelle am künftigen «Bahnhofplatz Ost», der auf den heutigen Gleisanlagen zwischen Hotel Radisson und Bahnhofparking P3 erstellt wird.

Boulevardflächen sollen bleiben

Luzern Um finanzielle Einbusen abzufedern, hatte die Stadt Luzern während der Coronapandemie den Restaurants, Cafés und Bars eine befristete Nutzung von zusätzlichen Aussenflächen gewährt. Der Stadtrat verlängerte diese temporären Bewilligungen nach der Aufhebung der Coronaschutzmassnahmen am 17. Februar bis im Oktober. Das gilt allerdings nur für rund 100 grössere Gastrobetriebe. Verpflegungsstände und Kleinstgastrobetriebe können davon aufgrund der kantonalen Gesetzeslage nicht profitieren (wir berichteten).

Die Bar & Club Kommission Luzern fordert den Kantonsrat deshalb auf, «eine geringfügige Anpassung des Gastgewerbegesetzes vorzunehmen». Die maximale Wirtschaftsfläche für Kleinstbetriebe soll von 25 auf 40 Quadratmeter erhöht werden (innen und aussen zusammen). «Rückmeldungen von Kleingastronomiebetrieben und Gästen zeigen nämlich, dass geringfügige und kreative Erweiterung der Aussenflächen, beispielsweise in Nischen neben Trottoirs oder auf einzelnen Parkplätzen, sehr geschätzt wurden und zur Belegung der Innenstadt beigetragen haben», schreibt Gianluca Pardini, SP-Grossstadtrat und Geschäftsführer der Bar & Club Kommission, in der Mitteilung.

Verpflegungsstände haben bereits Privilegien

Eine kurzfristige Ausnahmebewilligung sei nicht möglich, sagte Erwin Rast, Mediensprecher des kantonalen Justiz- und Sicherheitsdepartements, gestern auf Anfrage. Um ein Gesetz auf kantonaler Ebene anzupassen, dauert es erfahrungsgemäss rund zwei Jahre. Rast wies darauf hin, dass Betreiberinnen und Betreiber von Verpflegungsständen bereits von einer Reihe von Privilegien profitierten: «Es gelten keine oder stark reduzierte Vorgaben bezüglich Toiletten, Lüftung und behindertengerechter Ausstattung. Hinzu kommt, dass Betreiber von Verpflegungsständen – sofern sie keinen Alkohol ausschenken – auch keinen Nachweis einer fachlichen Voraussetzung erbringen müssen.»

Hugo Bischof

LZ-Podium zur Wahl in Kirchenrat

Luzern Am 3. April wählen die Stimmberechtigten der Katholischen Kirchgemeinde Luzern den Kirchenrat, ihre Exekutive. Für vier Sitze kandidieren acht Personen. Normalerweise gibt es keine Auswahl, sondern es gibt stille Wahlen. Um die interessierte Bevölkerung über die Wahl zu informieren, findet am Mittwoch, 23. März von 19 bis 20.45 Uhr, ein LZ-Wahlpodium statt. Türöffnung im LZ Auditorium an der Maihofstrasse 76 in Luzern ist um 18.30 Uhr. Sie können dieses Podium auch im Livestream auf www.luzernerzeitung.ch verfolgen. (mme)

Meierhöfli soll für 21,8 Millionen erweitert werden

Beim Schulhaus favorisiert der Gemeinderat Emmen einen Neubau mit Doppelsporthalle – die teuerste Variante.

Beatrice Vogel

Die Gemeinde Emmen macht bei der Schulraumplanung vorwärts: Nachdem bereits für die Schulanlage Hübeli eine Erweiterung in Planung ist, soll nun auch die Schule Meierhöfli einen Neubau erhalten. Der Gemeinderat beantragt dafür beim Einwohnerrat einen Planungskredit über 730 000 Franken sowie die Genehmigung der gewählten Erweiterungsvariante.

Im Einzugsgebiet der Schule Meierhöfli rechnet die Gemeinde in den nächsten acht Jahren mit acht zusätzlichen Klassen. Der Anstieg der Schülerzahl soll mit der geplanten, zusätzlichen Schulanlage Gersag 4 aufgefangen werden. Für diese wird derzeit eine Machbarkeitsstudie erarbeitet. Die Schulanlage Meierhöfli soll künftig auf 18 Klassen ausgerichtet sein – so viele wie heute. Obwohl nicht mehr Klassen im Meierhöfli unterkommen

sollen, müsse die Anlage erweitert werden, schreibt der Gemeinderat in seinem Bericht. Denn es fehlen jetzt schon drei Klassenzimmer und sieben Gruppenräume. Zudem reiche die bestehende Einfachsporthalle nicht aus – und in Emmen fehlt es grundsätzlich an Sporthallen.

Teuerste Variante wird bevorzugt

In einer Machbarkeitsstudie wurden verschiedene Varianten für die Erweiterung geprüft. Dabei habe sich eine Variante als beste Lösung herausgestellt, bei der eine neue Doppelsporthalle gebaut und die alte Halle umgenutzt wird. Im Neubau sollen auch zusätzlicher Schulraum und ein Kindergarten Platz finden. Die Kosten dafür werden auf 21,8 Millionen Franken geschätzt. Gegenüber anderen Varianten – die eine zweite Einfachturnhalle und/oder die Aufstockung von Schulgebäuden

beinhalten und allesamt günstiger wären – biete die Bestvariante einen soziokulturellen und sportlichen Mehrwert. Der Gemeinderat sei überzeugt, dass

Naphthalinsanierung für 800 000 Franken

Der Gemeinderat Emmen legt dem Einwohnerrat die Abrechnung der Schadstoffsanierung im Schulhaus Hübeli vor. Vom bewilligten Kredit über 1,1 Millionen Franken wurden rund 800 000 Franken ausgeschöpft. Wie die Gemeinde kürzlich mitteilte, wurden die Naphthalinquellen restlos ausgebaut. Die Raumlufthereiniger bleiben bis Ende Jahr in Betrieb, um die Restkonzentration («Ausdampfen» des Unterrichtsmaterials und der Einrichtung) weiter zu senken. (bev)

diese Variante trotz höherer Investitionskosten «der richtige Weg für die Erweiterung der Schulanlage, die Entwicklung des Quartiers Meierhöfli und der gesamten Gemeinde darstellt», schreibt er.

Volksabstimmung voraussichtlich 2024

Die Doppelsporthalle erfülle die Anforderungen für den Schulsport und biete eine breitere Nutzung auch durch Vereine. Gleichzeitig könne die Bibliothek in der alten Halle untergebracht werden. Deren Umnutzung ermögliche zudem Veranstaltungen der Schule, Vereine und Quartierbewohnenden. Im Meierhöfli-Quartier, das eine «anspruchsvolle soziokulturelle Struktur» aufweise, fehle ein richtiger Treffpunkt, und die Schule spiele bereits heute eine zentrale integrative Rolle. Hier könne eine multifunktionale Kulturhalle wichtige Dienste leisten.